

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
IPPNW – Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs/Ärzte in sozialer Verantwortung

Kontakt:

Matthias Eickhoff (Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen): Tel. 0176 – 64699023
Udo Buchholz (BBU / AKU Gronau): Tel. 02562 – 23125
Angelika Claußen (IPPNW): Tel. 030 / 698 07 40

Gronau/Münster/Berlin 23. März 2017

Urananreicherung und Uranexporte heute Themen im Bundestag:

- Urananreicherung und Brennelementefertigung umgehend beenden**
- Urananreicherer Urenco machte 2016 Verluste und will sparen**

14. April: Ostermärsche gegen Urananreicherung

Die Urananreicherung im westfälischen Gronau sowie ein Stopp der Exporte von angereichertem Uran aus Gronau sowie von Brennelementen aus dem emsländischen Lingen für marode und gefährlich störanfällige Atomkraftwerke in Belgien und Frankreich – wie z. B. Doel, Fessenheim und Cattenom – stehen heute auf der Tagesordnung des Bundestages. Beraten werden ausstiegsorientierte Anträge der Bundestagsfraktionen der Linken und Grünen. Im Rahmen der ebenfalls heute stattfindenden Beratungen zum Endlagersuchgesetz geht es auch um die Einbindung des massenhaften Gronauer Uranmülls bei der Auswahl eines möglichen Standortes.

Das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die IPPNW fordern den Bundestag auf, einen Exportstopp für angereichertes Uran und Brennelemente aus der Bundesrepublik Deutschland zu verhängen. Zudem soll der Atommüll aus der Urananreicherung – von dem jedes Jahr mehrere Tausend Tonnen anfallen – auch offiziell als Atommüll deklariert werden. Zugleich fordern die Organisationen von der Bundesregierung die sofortige Stilllegung der Uranreicherungsanlage Gronau sowie der Brennelementefabrik Lingen als besten Schutz der Bevölkerung vor Störfällen, gegen weitere unverantwortliche Uranexporte und gegen ständig wachsende Atommüllberge in Gronau.

"Auf der einen Seite will Bundesumweltministerin Hendricks nun per Gutachten endlich die rechtlichen Möglichkeiten der Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau sowie der Brennelementefabrik in Lingen untersuchen lassen – und sie kritisiert die gefährlichen Atomkraftwerke in Belgien und Frankreich völlig zu Recht. Andererseits weigert sich die Bundesregierung die Uranexporte aus diesen beiden deutschen Atomanlagen zu diesen Pannen-AKW's zu stoppen – das ist ein Widerspruch. Verantwortungsvoll ist nur ein konsequenter Gesamt-Atomausstieg in Deutschland", so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen. „Die Menschen in der Europaregion Deutschland, Benelux und Frankreich fühlen sich zu Recht bedroht.“

Die Anti-Atomkraft-Initiativen, der BBU und die IPPNW weisen zudem darauf hin, dass der in Gronau tätige Urananreicherer Urenco 2016 erstmals mit 456 Mio. Euro einen bedeutenden Verlust eingefahren hat. 2015 stand in der Bilanz noch ein Plus von 452 Mio. Euro. Schuld seien

außerplanmäßige Abschreibungen bzw. Wertberichtigungen in den USA, der Preisdruck auf dem Uran-Weltmarkt und weltweite Überkapazitäten von angereichertem Uran. So verringerte Urenco die Kapazität der Urananreicherungsanlage in Gronau leicht von 4100 auf 4000 Tonnen Trennarbeit pro Jahr. Zudem kündigte Urenco im Geschäftsbericht 2016 ein konzernweites Einsparprogramm von 300 Mio. Euro bis 2019 an, billigte aber zugleich eine Dividende von ebenfalls 300 Mio. Euro für die vier Anteilseigner, zu denen auf deutscher Seite die krisengeschüttelten Energiekonzerne RWE und EON zählen.

"Jahrelang geisterten hohe Summen durch den Raum, wenn es um mögliche Schadenersatzansprüche für die Stilllegung von Gronau und Lingen ging. Damit muss jetzt endlich Schluss sein! Areva, der Betreiber der Brennelementefabrik in Lingen, arbeitet schon lange in der Verlustzone und wird deshalb bald aufgespalten. Nun dreht auch Urenco ins Minus – selbst die Dividende kann anscheinend nur durch ein größeres Einsparprogramm gesichert werden. Es wird immer deutlicher, dass die Zeit der Atomindustrie vorbei ist. Wir fordern von der Bundesregierung und den Landesregierungen in NRW und Niedersachsen klare Stilllegungsfahrpläne für die beiden Uranfabriken," so Udo Buchholz vom BBU.

14.4.: Ostermarsch in Gronau und Jülich

Am Karfreitag, 14. April, wird es in Gronau wie in den Vorjahren einen überregionalen Ostermarsch zur Urananreicherungsanlage geben. „Die Technologie der Urananreicherung beinhaltet immer auch eine militärische Dimension. Das Verbot von Atomwaffen und der Ausstieg aus der Atomenergie gehörten untrennbar zusammen“, so Dr. Angelika Claußen (IPPNW). Startpunkt ist um 13 Uhr am Bahnhof in Gronau.

Parallel findet am 14. April um 14 Uhr vor der von Urenco und Areva gemeinsam geführten Uranzentrifugen-Tochter ETC (Enrichment Technology Company) am Forschungszentrum Jülich eine Ostermarsch-Mahnwache statt. ETC entwickelt und baut die militärisch extrem brisanten Zentrifugen zur Urananreicherung. Beide Aktionen finden im Rahmen der bundesweiten Ostermärsche der Friedensbewegung statt.

Mit den beiden Ostermärschen untermauern die Anti-Atomkraft-Initiativen in NRW vier Wochen vor der NRW-Landtagswahl ihre Forderung nach einer umgehenden Beendigung von Urananreicherung und Brennelementefertigung.

Weitere Infos:

www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.bbu-online.de, www.ostermarsch-ruhr.de,
www.ippnw.de, www.westcastor.blogspot.de